

**Christian Wolff**  
**Osterweiterung - 30 Jahre Leben im neuen Deutschland**  
**Erfahrungen und Perspektiven**  
**Vortrag bei der Feier des Bodenseekreises**  
**zum Tag der Deutschen Einheit am 03. Oktober 2020**  
**Gwandhaus Hagnau**

---

Mit diesem Thema möchte ich zwei Perspektiven aufzeigen:

- Zum einen gehöre ich zu den Westdeutschen, die nach 1990 die Chance ergriffen haben, den Lebensmittelpunkt nach Osten und damit in die Mitte Europas zu verlegen. Schon als ich im April 1991 das erste Mal den Boden Leipzigs betrat, hatte ich das Gefühl: Hier werden sich die gesellschaftspolitischen Weichenstellungen für die Zukunft vollziehen.
- Zum andern ist die deutsche Einheit das Beste, was Deutschland und Europa passieren konnte – unter einer Voraussetzung: dass wir das vereinte Deutschland als ein *neues* Deutschland verstehen. Deswegen vermeide ich den Begriff der „Wiedervereinigung“. Denn die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist nicht die Fortsetzung des Deutschlands, das nach 1945 selbst verschuldet zerfiel, und schon gar nicht das Deutschland in den Grenzen von 1937.

Seit 30 Jahren vermisse ich aber, dass wir uns in Ost, vor allem aber in West, ganz bewusst als *neues* Deutschland und Teil des größer gewordenen Europa verstehen; als ein Land im Aufbruch; ein Land, das dieser Welt eine neue Geschichte erzählen kann: wie sich ohne Gewalt und Blutvergießen eine Revolution vollziehen und Demokratie, Freiheit, Menschenrechte errungen werden können.

Nun ist es schwer, all das, was einen Menschen bewegt, der 29 Jahre in Leipzig am spannenden Transformationsprozess einer Gesellschaft mitwirken konnte, in 40 Minuten darzustellen. Deswegen möchte ich mich auf vier Aspekte konzentrieren:

1. Ein paar biografische Anmerkungen;
2. Dann möchte ich darauf eingehen, dass die drei Jahrzehnte nach der Friedliche Revolution leider nicht nur Aufbruch, sondern auch 30 Jahre Stillstand bedeuten.
3. Im dritten Teil gehe ich der Frage nach, ob wir derzeit ein ostdeutsches '68 erleben.
4. Dann folgt ein Ausblick: Was ist jetzt dran in krisenhaften Zeiten?

## **1 Biografische Anmerkungen**

Zunächst zwei Bekenntnisse:

- Zu Ihnen spricht ein lupenreiner „Wessi“. 1949 in Düsseldorf geboren, hatte ich bis 1989 keinerlei verwandtschaftliche oder sonstige Beziehungen in die DDR. Die DDR war mir politisch suspekt, aber ich habe die deutsche Teilung als Folge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und ihrer Verbrechen akzeptiert, ohne mir bewusst zu machen, dass die Lasten der Teilung und die Folgelasten des 2. Weltkrieges zwischen West- und Ostdeutschland sehr ungleich verteilt waren.

- Ich bin ein bekennender Alt-'68er. 1968 habe ich in Düsseldorf mein Abitur abgelegt und dann in Wuppertal mein Theologiestudium aufgenommen. 1969 habe ich dies an der Universität Heidelberg fortgesetzt. Dort war ich in der Studentenbewegung aktiv und ein knappes Jahr Vorsitzender des AStA. Nach meinen Examina war ich ab 1977 Gemeindepfarrer in Mannheim. Nach wie vor möchte ich aus der 68er Zeit nichts missen. Denn es handelte sich ja im Ergebnis um einen gesamtgesellschaftlichen Neuaneignungsprozess der Demokratie, die 1945ff der westdeutschen Bevölkerung in ganz anderer Weise übergestülpt wurde, als das nun im Blick auf Ostdeutschland behauptet wird.

Allerdings: Als im Oktober 1989 in Leipzig die Friedliche Revolution begann, erlebte ich dies in Mannheim im Sessel sitzend – ich hatte mir beim Fußballspiel mit Konfirmanden meinen Fuß gebrochen. Das war sehr symbolträchtig. Als Angehöriger der Generation, die dachte, ohne sie läuft nichts, musste ich nun erleben, wie eine revolutionäre Entwicklung einsetzte, mit der ich zunächst nichts zu tun hatte. Auch konnte im November 1989, als die Mauer fiel und die Grenzen sich öffneten, niemand absehen, dass der erste Jahrestag dieses historischen Ereignisses schon unter den Bedingungen des vereinten Deutschlands gefeiert werden konnte. Innerhalb von 12 Monaten veränderten sich die Verhältnisse in Mitteleuropa so schnell und so radikal, dass die Gedanken dem kaum folgen konnten – eine Tatsache, die in der Beurteilung der Entwicklung noch heute unterschätzt wird.

Damals war ich noch völlig gefangen in den Denkstrukturen der 70er und 80er Jahre. Zwar gehörte ich der Generation und der politischen Richtung an, die davon überzeugt war, dass am Ende des 20. Jahrhunderts der Ost-West-Konflikt vom Nord-Süd-Konflikt abgelöst werden und die politische Teilung freier Westen versus kommunistischer Osten ihre Bedeutung verlieren wird. Was das aber konkret bedeutet, blieb sehr im Nebulösen. Und dass das System, an dessen Veränderung ich auch gearbeitet habe, nämlich der real existierende Kapitalismus, nun seinen Triumph erleben und konkurrenzlos dastehen wird – das machte es mir auch schwer, 1990 mit fliegenden Fahnen die deutsche Einheit zu begrüßen – auch weil viele kapitalismuskritische Impulse der Demokratiebewegung in Ostdeutschland nicht aufgegriffen wurden. Ich erinnere nur an den höchst problematischen Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“.

Doch dann las ich einen Essay von Patrick Süßkind – wie ich ein Kind der Republik – veröffentlicht im SPIEGEL (Nr. 38/1990) unter der Überschrift »*Deutschland, eine Midlife Crisis*«. In diesem rechnete er mit unserer Generation, der er selbst angehört, ab:

*Die eigentlichen Greise sind wir, wir 40-jährigen Kinder der Bundesrepublik. ... Uns treffen die Erschütterungen im denkbar ungünstigsten Moment, ... da wir glaubten, unsere Existenz im Griff und die Welt verstanden zu haben und wenigstens in groben Zügen zu wissen, wie der Hase läuft und wie er weiterlaufen wird ... – jetzt kommt plötzlich die Midlife Crisis in Gestalt der deutschen Einheit über uns! Auf Potenzstörungen wären wir vorbereitet gewesen, auf Prostata, Zahnersatz, Menopause, auf ein zweites Tschernobyl, auf Krebs und Tod und Teufel – bloß nicht auf "Deutsch-land-ei-nig-Va-ter-land"!*

Als ich das las, durchfuhr es mich: Zu diesen Greisen, gepeinigt von Verlustängsten, möchtest du nicht gehören!

Insofern war es ein Glücksfall, dass ein Lehrer aus Kassel im „Deutschen Pfarrerblatt“ im März 1991 eine Anzeige aufgab, dass an der Thomaskirche in Leipzig zwei Pfarrstellen zu besetzen sind. Diese legte meine Frau gelb umrandet auf den Treppenabsatz, damit ich sie sofort sehe. Instinktiv spürte ich: Das ist es, obwohl ich von Leipzig keine Ahnung hatte – außer, dass mein Vater einen Teil seiner Buchhändlerlehre 1934 dort absolviert hatte. Bekannt war mir auch, dass Johann Sebastian Bach (1685-1750) an der Thomaskirche wirkte und der Thomanerchor dort sein Zuhause hatte. Doch dass gerade Sachsen historisch gesehen Ausgangspunkt und Zentrum für viele gesellschaftliche, kulturelle, politische, ökonomische Entwicklungen war (Musik, Reformation, Verlagswesen, Arbeiterbewegung), das hatte ich nicht auf dem Schirm (und leider ist das bis heute vielen Deutschen nicht wirklich bewusst).

In Leipzig hatte man von der Anzeige im Pfarrerblatt keine Ahnung und war völlig überrascht, als ich dort anrief, um mich nach den Pfarrstellen zu erkundigen. Im April 1991 bin ich dann mit meiner, 2002 leider verstorbenen Frau erstmals nach Leipzig gereist – voller Neugier auf das, was uns erwartete. Auf der einen Seite war es eine Reise in die Kindheit: der schwefelhaltige Geruch, die grau-schwarzen Hausfassaden, mit den Einschüssen aus dem 2. Weltkrieg, die glatt rasierten, notdürftig verschlossenen Dächer – all das erinnerte mich an den Düsseldorfer Norden der 50er Jahre. Auf der anderen Seite spürte ich, als wir in Leipzig aus dem Zug ausstiegen und im riesigen, leeren Hauptbahnhof etwas verloren dastanden: Hier wird sich urbanes, kulturelles, europäisches Leben entwickeln. Es stellte sich dann ziemlich schnell heraus, dass ich der einzige Bewerber auf die Pfarrstelle war. Im September 1991 wurde ich dann gewählt und begann im März 1992 meine Arbeit – zu Bedingungen Ost, d.h. mein Gehalt schrumpfte auf weniger als die Hälfte. Meine Frau, Studienrätin für Religion und Französisch, wurde zunächst vom Land Baden-Württemberg beurlaubt, Ein direkter Wechsel wäre nur möglich gewesen, wenn aus Sachsen eine Lehrerin mit der Fächerkombination Französisch und Religion in den Oberschulamtsbezirk Karlsruhe gewechselt wäre – die gab es ja zuhauf! In der Folgezeit haben wir dann die Verwerfungen des Einigungsprozesses sehr persönlich erlebt. Im Sommer 1992 übernahm meine Frau eine Übergangstätigkeit an einem Leipziger Gymnasium als einzige westdeutsche Lehrerin unter 65 Kolleg/innen. Diese gehörten in ihrer Mehrheit zu den Säulen des vergangenen Systems und mussten sich zu einem Zeitpunkt neu bewerben. Die Situation war kaum zu ertragen. So beendete meine Frau von sich aus ihre Tätigkeit und gab dann auch noch ihren Beamtenstatus auf. Erfolgreich bewarb sie sich auf eine Stelle im kirchlichen Gustav-Adolf-Werk. Doch nun war sie Ostdeutsche – und wurde so eingruppiert und behandelt.

Ich selbst war froh, dass ich nie zu den Di-Mi-Do-Beamten gehört habe, sondern vom ersten Tag an unter den gleichen Bedingungen wie alle anderen lebte – allerdings mit dem riesigen Vorteil, aufgrund der westdeutschen Sozialisation eine konkrete Ahnung von dem zu haben, was sich alles ändern wird - verbunden mit der Überzeugung, dass auch das, was nun in Ostdeutschland eingeführt werden sollte, dringend der Reform bedarf. Denn es ging mir um ein *neues* Deutschland, auch um eine Kirche, die – statt die westdeutschen Verhältnisse einfach zu kopieren - die Chance nutzt zu Veränderungen – zumal Ostdeutschland zum entchristianisierten Teil Europas gehört. In Leipzig gehören nur noch knapp 20 Prozent der Bevölkerung einer Religionsgemeinschaft an – 12 % sind evangelisch.

Doch trotz eines riesigen Reformbedarfs in West- und der Erneuerungsnotwendigkeit in Ostdeutschland wurde nach der Friedlichen Revolution 1989/90 der Status quo West zum

Maßstab des Vereinigungsprozesses genommen – mit der Folge, dass die veralteten, nach Reform schreienden Entwicklungen Westdeutschlands zunächst den Veränderungsprozess in Ostdeutschland bestimmten. Damit fallen uns, vor allem aber den Kirchen, heute all die versäumten Themen mit potenzierten Problemlösungsbedarf vor und auf die Füße, die 30 Jahre lang kollektiv verdrängt wurden.

## **2 30 Jahre Friedliche Revolution – Aufbruch und Stillstand**

Damit komme ich zum 2. Abschnitt. Diesen möchte ich mit einer wichtigen Feststellung einleiten: Die Friedliche Revolution 1989/90 war und bleibt ein herausragendes Ereignis der deutschen Geschichte. Darum darf der 9. Oktober 1989 als Voraussetzung für den Mauerfall nicht vergessen werden: 70.000 Bürgerinnen und Bürger zogen nach den Friedensgebeten in Leipzig um den Ring, um ein „*offenes Land mit freien Menschen*“ (so auf einem Transparent zu lesen) einzufordern. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte stand die evangelische Kirche auf der richtigen Seite der Barrikaden. Sie erwies sich als das „*Basislager der Friedlichen Revolution*“ (Werner Schulz). Daran gilt es jedes Jahr neu zu erinnern wie den Umstand zu feiern, dass das System von Demütigung und Entmündigung des SED-Staates ohne Gewalt, mit Kerzen und Gebeten, zum Einsturz gebracht werden konnte.

Allerdings: 30 Jahre deutsche Einheit bedeutet leider auch 30 Jahre kollektive Gedankenlosigkeit in West- und Ostdeutschland. Was ich damit meine? Als sich 1989/90 in Ostdeutschland die Verhältnisse radikal veränderten, hätten auch in Westdeutschland die Signale auf Umbruch, Aufbruch, Reform stehen müssen:

- Die Demokratie war erlahmt;
- die Wirtschaft, vor allem die Autoindustrie, befand sich Ende der 80er Jahre in einer tiefen Krise;
- die Mobilität bedurfte insbesondere in den Großstädten einer Umsteuerung (Gütertransport weg von Straße auf die Schiene, Ausbau des ÖPNV);
- in der Klima- und Energiepolitik hätte spätestens nach Tschernobyl umgesteuert werden müssen;
- die Kirchen hätten endlich auf die sich abzeichnende Säkularisierung und den Mitglieder-Exodus reagieren müssen, statt unbesehen das westdeutsche Kirchensystem auf Ostdeutschland zu übertragen.

Doch spätestens seit der Deutschen Einheit im Oktober 1990 hatten sich alle Reformen und Erneuerungsbestrebungen erst einmal erledigt. Es galt, die Bedürfnisse eines Marktes mit 16 Millionen neuen Konsument/innen zu befriedigen, Verwaltungen aufzubauen, das produzierende Gewerbe umzustrukturieren.

Der damit verbundene Anpassungsdruck führte in Ostdeutschland dazu, dass sehr viele Menschen das machten, was ihnen über Jahrzehnte aufoktroziert wurde: sich anzupassen und die Ziele, die die Akteure der Friedlichen Revolution formuliert hatten, nicht weiter zu verfolgen. Auch in Westdeutschland wurden alle Bestrebungen, ein durch die Vereinigung *neues* Deutschland entstehen zu lassen, erst einmal auf Eis gelegt. Mehr noch: das Wichtigste, nämlich die Neuaneignung der Demokratie, die Gestaltung einer offenen, auf Europa ausgerichteten Gesellschaft, wurde in allen Bereichen – Schulen und Universitäten, Kirchen und Gewerkschaften und vor allem im ländlichen Raum - vernachlässigt. Damit blieb eine wichtige Herausforderung einfach unerledigt liegen: die radikalen Veränderungen, die mit Verlusterfahrungen (Arbeit, Wohnung, familiäre Bindungen) verbunden waren, mit dem Aufbruch zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Einklang zu bringen. Die fatale Folge: Die

rechtsstaatliche, freiheitliche Demokratie wurde eher als Bedingung, als Ursache für die Verwerfungen im persönlichen Umfeld angesehen denn als eine Möglichkeit, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen zu können und so auch für die eigenen Interessen einzutreten.

Der Satz der Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley (1945-2010) *„Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat“* erwies sich von heute her gesehen als ein gefährlicher Brückenschlag zur mangelnden Demokratieakzeptanz in Ostdeutschland. Das, was Bärbel Bohley zum Ausdruck brachte, fand in den Klassenzimmern unzähliger Schulen seine Fortsetzung – nach dem Motto: *Das, was wir heute an Demokratie haben, ist auch nicht viel besser als die DDR*. Genau dieses Narrativs bedienen sich heute die Rechtsnationalisten von der AfD in einer unverfrorenen Weise. Für sie ist das jetzige Deutschland gleich Endphase der DDR und Merkel schlimmer als Honnecker, Demokratie auch nicht besser als Diktatur, der Systemwechsel muss her. So versehen sie ihre zutiefst faschistische Ideologie mit einer Widerstandsattitüde des Volkes, zu dem natürlich nur die gehören, die so denken wie sie selbst.

Für mich ist es sehr erhellend, was Markus Meckel, der Außenminister der ersten frei gewählten Regierung der DDR, in seinen lesenswerten Erinnerungen *„Zu wandeln die Zeiten“* ausführt: Es waren die Akteure der Friedlichen Revolution, insbesondere diejenigen, die damals aus eigener Kraft die SPD neu gründeten, die auf einen demokratischen Verhandlungsprozess zwischen der DDR und der BRD drängten. Darum stand im Gründungsauftrag der „SDP“ die zentrale Forderung, die Allmacht der SED zu brechen; darum der „Runde Tisch“, um zu verhindern, dass die SED mit dem Austausch von ein paar Köpfen und ihrer Umbenennung in die PDS so weitermacht wie bisher; darum vor allem eine freie Volkskammerwahl im März 1990. Denn die Verhandlungen über die deutsche Einheit sollten zwischen zwei frei gewählten, souveränen Regierungen geführt werden. Die Einheit war also nicht das alleinige Werk des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl. Sie war das Ergebnis von Verhandlungen zwischen zwei souveränen Staaten. Diesen Erfolg – so Markus Meckel – sollten die Ostdeutschen endlich für sich reklamieren und darauf stolz sein. Allerdings macht Meckel auch darauf aufmerksam, dass 1990 der frei gewählten DDR-Regierung die eigene Bevölkerung im Nacken saß. Ihr gingen die Verhandlungen nicht schnell genug. MaW: Den gleichen Bürger/innen, die sich heute darüber beklagen, dass sie im Einigungsprozess untergebuttert worden seien, dass sie sich als Bürger zweiter Klasse fühlen, dass ihre Lebensleistung nicht anerkannt wird, konnte es 1990 nicht schnell genug gehen mit der Einheit – wobei dabei das Wagnis der Demokratie nicht im Mittelpunkt stand.

Und noch eines gilt es zu bedenken: Ostdeutschland leidet bis heute unter einem zweifachen Aderlass des Bürgertums und damit unter dem Verlust einer Führungselite, ohne die keine Gesellschaft auskommt:

1. die Vertreibung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in der Nazi-Zeit;
2. der personale Transfer von Ost nach West zwischen 1949 bis 1989.

Dieser Transfer hat wesentlich zum wirtschaftlichen Aufschwung der BRD West und zum Niedergang der DDR beigetragen – und ist aus meiner Sicht weit höher zu veranschlagen als der finanzielle Transfer von West nach Ost nach 1990. Wenn nun eine „Ostquote“ bei der Besetzung von Führungspositionen in Ostdeutschland gefordert und so getan wird, als gehörten die meisten Westdeutschen, die nach 1990 nach Ostdeutschland gekommen sind, eben doch nur zur „zweiten Garnitur“, oder seien doch nur „Abzocker“ gewesen, dann muss

darauf hingewiesen werden: Wer sollte denn nach 1990 die Spitzenpositionen besetzen? Etwa die abgewirtschaftete Nomenklatura der SED? Leipzig jedenfalls verdankt seinen Aufschwung auch den vielen Frauen und Männern, die nach 1990 in die Stadt an der Pleiße gekommen sind und Verantwortung übernommen haben. An Leipzig kann man sehen, dass das zu einer Erfolgsgeschichte geführt hat – unabhängig davon, dass es auch die Fehlgriffe gab und gibt. Jedenfalls hat das Zusammenwirken von Ost- und Westdeutschen zu einer dynamischen Stadtentwicklung geführt. Der jetzige Oberbürgermeister Leipzigs Burkhard Jung hat durchaus Recht, wenn er von Leipzig als der ersten gesamtdeutschen Stadt spricht.

Leider löste sich auch die Initiative aus den frühen 80er Jahren nach 1990 ins Nichts auf, die das Unrechtssystem der DDR radikal infrage stellte und ganz wesentlich zur Friedlichen Revolution beigetragen hat: der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung. Als ich 1992 nach Leipzig kam, nahm ich an, dass der konziliare Prozess, der auch in Westdeutschland das kirchliche Leben vieler Gemeinden bestimmt hatte und der sich als eine glückliche Verbindung von Glaubensüberzeugung und praktischem Tun erwies, den Erneuerungswillen der Menschen in Ostdeutschland nährt. Doch da war in den Kirchgemeinden kaum noch etwas zu spüren von dem Geist, der 1988 die Ökumenische Versammlung in der Dresdner Kreuzkirche zu einem Höhepunkt im Vorfeld der Friedlichen Revolution machte. Wenn man heute die Dokumente liest, dann kann man zwei Dinge erkennen:

- Der konziliare Prozess nahm Ost und West, Nord und Süd unseres Erdballs in den Blick und erwies sich als eine an den Menschen ausgerichtete Globalisierung des Glaubens, des Denkens und Handelns, ohne das eigene Umfeld aus den Augen zu verlieren: „*Global denken, lokal handeln*“ lautete die Devise.
- Alle gesellschaftspolitischen Themen, die heute neu aufgebrochen sind, werden in den Dokumenten benannt und mit Handlungsmaximen versehen: sozialer Zusammenhalt, gesellschaftliche Vielfalt, Migration, Klimaschutz, Friedensicherung.

Bleibt die Frage: Lässt sich nachholen, was kollektiv, d.h. unter Beteiligung eines jeden einzelnen sowie der großen gesellschaftlichen Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Bildungseinrichtungen, Medien verdrängt, ausgeblendet, vernachlässigt wurde? Sicher nicht in dem Sinn, dass 30 Jahre Versäumnisse ungeschehen gemacht werden können. Aber niemand hindert uns daran, jetzt endlich wieder an die Impulse für den großartigen Aufbruch zur Demokratie 1989/90, an den konziliaren Prozess, an das europäische Friedensprojekt anzuknüpfen. Dabei sollten wir auch immer wieder daran erinnern, dass wir auf Dauer ohne ein in den biblischen Traditionen verwurzelt Wertesystem und Menschenbild nicht auskommen – oder anders formuliert: Wer glaubt, die rasant fortschreitende Säkularisierung, die Entfremdung von den Kirchen, der damit verbundene Traditionsabbruch würden ohne gesellschaftliche Folgen bleiben, wird eines Schlechteren belehrt. Denn da gerät genau das unter die Räder, was wesentlich die Friedliche Revolution bestimmt hat und jetzt wieder auf der Tagesordnung steht: Orientierung an den Grundwerten des Glaubens und der Verfassung, Stärkung der Demokratie. Die Zeit für neue Aufbrüche ist da.

Diese Erkenntnis war und ist für mich ein wichtiger Grund, in einer entchristianisierten Gesellschaft und Stadt Kirche klar zu positionieren, Glauben öffentlich zu kommunizieren und entschlossen das miteinander zu verbinden, was ein wesentlicher Ertrag der Reformation war: Glaube, Bildung, Kultur (Musik). Denn wir benötigen sozial kompetente,

demokratisch gesinnte, kulturell gebildete und religiös gebundene Menschen nicht nur in den Führungsetagen unserer Gesellschaft – und das fängt spätestens bei der Kita-Leiterin an. Das war für mich auch der Ansporn, um den seit der Reformation städtischen Thomanerchor und die Thomasschule den musikalischen Bildungscampus forum thomanum zu initiieren und diese Vision umzusetzen. Denn einen historischen Fakt sollten wir nicht vergessen: Die DDR ist an vielem zugrunde gegangen – aber auch daran, dass sie meinte eine Gesellschaft aufbauen zu können ohne Kirchen und Religion. In dem rasanten Säkularisierungsprozess, in dem wir uns befinden, sollten wir uns schon fragen, was wir gewinnen, wenn wir die religiöse Perspektive des Lebens und damit das Angebot für ein inneres Krisenmanagement für den einzelnen Menschen verlieren, wenn die Kirchengemeinden als Motor, Motivator und Moderator kommunalen Lebens ausfallen.

### **3 neues ,68?**

Nachdem ich Anfang 1992 die Pfarrstelle an der Thomaskirche angetreten und den Lebensmittelpunkt nach Leipzig verlegt hatte, haben meine Frau und ich uns in den Folgejahren des Öfteren gefragt: Wann wird in Ostdeutschland das „68“ erfolgen und wie wird dies aussehen? Wann wird das Aufbegehren stattfinden gegen Entwicklungen, die sich entweder zu schnell vollzogen haben oder ausgeblieben sind? Wann werden die nachfolgenden Generationen die kritische Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit von ihren Müttern und Vätern einklagen?

Seit dem Aufkommen der sog. Pegida-Bewegung im Oktober 2014 und ihrem faktischen Schulterschluss mit der AfD ab 2016 habe ich den Eindruck: Offensichtlich ist jetzt die Phase eines auf sich selbst bezogenen innerdeutschen Einigungsprozesses vorbei. Nun dämmert vielen Menschen: Globalisierung bedeutet nicht nur, dass wir Produkte in alle Welt liefern und aus aller Welt hier einkaufen und konsumieren können. Globalisierung bedeutet: Flüchtlinge suchen nicht nur den rettenden Weg ins Nachbarland; sie machen sich auch auf den Weg in die Industrienationen, um dort an dem teilhaben zu können, was ihnen im eigenen Land mit Gewalt vorenthalten wird: Freiheit, Gleichberechtigung, Sicherheit, Bildung, Arbeit, Einkommen – so wie das auch zunehmend seit dem Mauerbau 1961 bis zur Friedlichen Revolution in Mitteleuropa von Ost Richtung West der Fall war.

Doch gegen diese Erfahrung begehrt ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung auf – insbesondere in Ostdeutschland (und will schon gar nichts von der angedeuteten Parallelität wissen). Sie sehen sich dabei in der Tradition von 1989 stehend. „*Wir sind das Volk*“ skandieren sie in den montäglichen Abendhimmel Dresdens und signalisieren: Ihr Politiker, ihr Wessis seid es nicht, und die Geflüchteten, die Frau Merkel ins Land geholt hat, sind es schon einmal gar nicht. Diese zumeist Männer im Alter von 50 bis 70 Jahren (und ein paar jüngere, die nie mit Demokratie- und politischer Bildung in Berührung gekommen sind) haben kein Problem mit dem Billigflug in islamisch geprägte arabische Länder. Sie können und wollen sich aber nicht vorstellen, dass sich irgendwann in ihrer Ortschaft ein Minarett erhebt. Und so kommt es, dass Menschen, die keine soziale Not leiden, die wahrscheinlich noch nie mit einem Moslem gesprochen geschweige denn eine Moschee betreten haben, in deren Ortschaften kaum Ausländer leben, sich zusammentun und gegen die Islamisierung des Abendlandes zu Felde ziehen – mit dem Impetus: Wir wollen keine Frankfurter oder Duisburger Verhältnisse! In diesem Protest verbinden sich dann geistige und geistliche Heimatlosigkeit (wir können auch sagen: das nach 1989/90 entstandene ideologische Vakuum), die soziale Vereinsamung (Familie zerbrochen, keine Sozialkontakte über Vereine

und Kirchen) und Aussichtslosigkeit (wer sorgt sich um mich im Alter?) mit einer gehörigen Portion von Demokratieverachtung und Nationalismus zu einem durch Angst zusammengehaltenen Bollwerk, mit dem man sich gegen die vermeintliche Überfremdung und die eigene Bedeutungslosigkeit stemmt: *Um Flüchtlinge kümmern sie sich, für uns interessiert sich niemand.*

#### 4 Ausblick

Ist das, was ich beschrieben habe, das '68 Ostdeutschlands, das nun durch die Coronakrise noch eine Potenzierung erfährt? Ich glaube es nicht. Denn eines fehlt diesem Wut getränkten Aufbegehren eines Viertels der Bevölkerung: eine lebens- und erstrebenswerte Zukunftsvision. Was die Rechtsnationalisten, was all die Menschen, die mantraartig die „Anerkennung der Lebensleistung“ einklagen, vermissen lassen: einen selbstkritischen Rückblick auf die DDR-Zeit, insbesondere auch darauf, was der staatlich verordnete Antifaschismus auch hat wuchern lassen: eine unkritische, schamlose Übernahme von Anknüpfungspunkten an den Nationalsozialismus und eine Äqui-Distanz zu Diktatur und Demokratie, die in Autokraten wie Putin, Trump oder Bolsonaro Rettungshorizonte erscheinen lassen. Es fehlt aber vor allem das, was das '68 vor 50 Jahren, aber auch die Friedliche Revolution ausgemacht und erfolgreich hat werden lassen: der Impuls, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einer Erneuerung zu unterziehen, mehr Demokratie zu wagen und sich an ihr zu beteiligen.

Dieser Impuls ist jetzt in der Coronakrise aufzugreifen und zu vertiefen. Denn in Zeiten wie diesen werden die verdrängten Krisen an die Oberfläche gespült – nicht, damit wir uns vor ihnen ängstigen, sondern damit wir alles auf den Prüfstand stellen, neue Ziele ins Visier nehmen, darüber in einen streitigen Diskurs eintreten und so zu den notwendigen Veränderungen gelangen. Es wäre gut, wenn wir das am Tag der Deutschen Einheit auf die Tagesordnung setzen und darüber diskutieren und damit allen miefigen Nationalismus und kleinliche Aufrechnerei hinter uns lassen. Ich nenne drei Themenbereiche:

- der Klimaschutz, der nach dem Ausbruch der Pandemie und nach drei Dürresommern viel entschlossener umgesetzt werden muss, als bisher geplant – einschließlich der Energiewende, einer das Immunsystem stärkende Ernährung und Neuausrichtung der Landwirtschaft;
- der soziale Zusammenhalt, eine Grundvoraussetzung für den Schutz vor Pandemien. Denn es ist ja offensichtlich, dass die unteren sozialen Schichten von der Pandemie besonders betroffen sind;
- ein Deutschland, dass sich weiter und verstärkt als „*als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen*“ (Präambel Grundgesetz) versteht.

So lassen sich gesellschaftliches Leben und das Handeln des einzelnen Bürgers vor Gott und den Menschen verantworten.

Christian Wolff, Pfarrer i.R.

[info@wolff-christian.de](mailto:info@wolff-christian.de)

[www.wolff-christian.de](http://www.wolff-christian.de)